

Im Prinzip nicht schlecht

Von Otmar Kuhn

Die Idee der CDU, einen von oben verordneten Rats-Bürgerentscheid zur Umbenennung des Flick-Gymnasiums herbeizuführen, ist vom Prinzip her nicht schlecht, hat aber zwei grundlegende Fehler: Erstens wird sie von der „falschen“ Partei vertreten; zweitens kommt sie zu spät - quasi 1 vor 12.

Dass ausgerechnet die überzeugtesten Verfechter einer repräsentativen Demokratie sich nun plebiszitären Instrumenten zuwenden, entbehrt deshalb nicht der Ironie. Und dies in einer Stadt, in der mehrheitlich so gewollt sämtliche Möglichkeiten der direkten Einflussnahme der Bevölkerung seit Jahren ignoriert werden. Anders als in ziemlich allen Nachbarkommunen gibt es in der Kreuztaler Hauptsatzung weder die Verankerung der Ortsvorsteher noch der Bezirksvertretungen oder gar regelmäßiger Bürgerver-



(WR-Foto)

sammlungen, wo eine Rückkoppelung zwischen Bürgern und ihren gewählten Vertretern stattfinden könnte.

Grundsätzlich wäre es aber schon hilfreich zu wissen, wie das Kreuztal jenseits der ohnehin engen Parteigrenzen dieser Frage gegenübersteht. Ist es ein Tabu, an dem Mythos des großen Gönners Flick zu rütteln, oder ist es endlich an der Zeit, sich symbolisch von dem Patronat eines wegen Kriegsverbrechen verurteilten, in seinem unternehmerischen Handeln skrupellosen Menschen zu trennen? Und das geht weit über die Frage

hinaus, wie eine Schule heißen darf, soll oder kann.

Eine Diskussion wie seit dem Frühjahr über die Namensgebung des Flick-Gymnasiums hat ausschließlich in Gremien, in Medien und im Internet stattgefunden: über Bande sozusagen. Was „der Wähler/die Wählerin“ denkt, bleibt unerforscht. Aus dieser Erkenntnis heraus ist das Anliegen der CDU somit durchaus legitim.

Aber wenn die CDU - wie sie in ihrem Antrag schreibt - so sicher ist, dass die schweigende Mehrheit der Bevölkerung gegen eine Umbenennung der Schule ist, könnte sie doch versuchen, dies zu beweisen. Es hindert sie niemand daran, vor oder nach der absehbaren Abstimmungsniederlage im Rat der Stadt am nächsten Donnerstag ihre eigenen Truppen zu mobilisieren, die von Haus zu Haus gehen und Unterschriften für ein „echtes“ Bürgerbegehren sammeln. Sieben Prozent der Bevölkerung reichen dafür aus.